

Resolution „Seebrücke“

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In diesen Tagen verlassen weiterhin Boote die Küsten, auf denen sich Menschen in Lebensgefahr begeben, um das Mittelmeer zu überqueren. Sie alle geraten in Seenot und es gibt kaum Hilfe. Die Schlepper, die den Flüchtenden versprechen, sie nach Europa zu bringen, gehen dabei zunehmend skrupellos vor. Die Boote werden immer größer, sind aber dennoch vollkommen überfüllt und in jeglicher Sicht ungeeignet eine sichere Überfahrt zu gewährleisten. Regelmäßig geraten die Boote in Seenot und Männer, Frauen und Kinder ertrinken.

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der geflüchteten Menschen gemeinsam mit der Stadtgesellschaft eine engagierte und erfolgreiche Arbeit geleistet. Als weltoffene und tolerante Stadt werden wir zukünftig unserer humanitären Verantwortung gerecht und leisten die notwendige Integrationsarbeit in Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel solidarisch mit der Initiative Seebrücke. Des Weiteren fordert sie die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland auf, gemeinsam mit den Mittelmeeranrainerstaaten dem Sterben auf dem Mittelmeer ein Ende zu setzen.

1. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
2. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
3. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

4. Wir können und dürfen die europäischen Länder am Mittelmeer nicht allein lassen. Wir sind aber der Auffassung, dass dieses Problem nicht allein von den Städten und Kommunen gelöst werden kann. 2 von 2
5. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel appelliert an die Bundesregierung, sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen. Insbesondere für eine Handelspolitik, die den Menschen in Afrika und Asien ihre wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zum Beispiel in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft oder auch in der verarbeitenden Industrie lässt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boris Mijatovic

Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender
SPD

Dr. Michael von Räden
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender
B90/Grüne

Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender
Kasseler Linke

Andreas Ernst
Stadtverordneter